

**AMT DER WIENER  
LANDESREGIERUNG**

und

MD-Verfassungs-

Rechtsmittelbüro

1082 Wien, Rathaus

40 00-82 325

MD-VfR - 290/99

Wien, 19. März 1999

Entwurf eines Bundesge-  
setzes, mit dem das Straf-  
vollzugsgesetz, das Ein-  
führungsgesetz zu den  
Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991 und das Meldegesezt 1991 geändert werden (Strafvollzugsnovelle 1999);  
Begutachtung;  
Stellungnahme

zu GZ 641.005/6-II.1/1999

An das

Bundesministerium für Justiz

Auf das do. Schreiben vom 22. Februar 1999 gibt das Amt der Wiener Landesregierung nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien bekannt, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken bestehen.

- 2 -

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt. Eine weitere Ausfertigung ergeht an die e-mail Adresse "begutachtungsverfahren@parlament.gv.at".

Für den Landesamtsdirektor:

MK Mag. Köchl

Dr. Jankowitsch  
Obersenatsrat